

Niederschrift zur 7. Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem 19. Januar 2012 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.40 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 5. Sitzung vom 10. November 2011 und der 6. Sitzung vom 8. Dezember 2011
3. Wie geht es nach der Insolvenz weiter mit
 - der Bremer Bootsbau Vegesack?
 - dem Schaufenster Bootsbau?
4. Wirtschaftsförderung für Bremen-Nord
 - Aufgaben und Ziele -
5. Geplanter Verkauf der Immobilien Havenhaus und Grauer Esel
 - Abgabe einer Stellungnahme -
6. Antrag auf Fördermittel des Programms „Impulse für den sozialen Zusammenhalt“
 - Abgabe einer Stellungnahme -
7. Besetzung von Ausschüssen
8. Anträge und Anfragen der Parteien
9. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
10. Mitteilungen der Beiratssprecherin
11. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Kiener, Günter
Kurt, Sabri,
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Sonnekalb, Ralf
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried
Tienken, Volker
Wemken, Manfred

Sonstige Teilnehmer:

Herr Ballhausen (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)
Herr de Vries (Bremer Bootsbau Vegesack gGmbH)
Herr Fischer (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)
Frau Geber (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)
Herr Ipach (Arbeits- und Lernzentrum)
Frau Jahn (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)
Frau Dr. Lübben (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)
Frau Oldenburg (Bremer Bootsbau Vegesack gGmbH)
Frau Rosenbaum (Bremer Bootsbau Vegesack gGmbH)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Die Einladung ist den Beiratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend genehmigt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Beiratsmitglied Oliver Meier mit Schreiben vom 9. Januar 2012 seinen Austritt erklärt hat. Herr Günter Kiener ist als Listennachfolger in den Beirat eingetreten. Der Vorsitzende dankt Herrn Meier für sein engagiertes Mitwirken und begrüßt Herrn Kiener als neues Mitglied des Beirates Vegesack. Herr Cord Degenhard und Herr Ralf Sonnekalb haben von der CDU zu den BiW gewechselt. Herr Degenhard ist Fraktionsvorsitzender der BiW-Fraktion. Herr Florian Schmidt hat seinen Sitz im Verkehrsausschuss abgegeben.

Der Vorsitzende stellt ein Schreiben des Bremer Tierschutzvereins e.V. zum „Hundefreilauf in Bremen“ vor. Der Sprecher- und Koordinierungsausschuss des Beirates wird sich der Thematik annehmen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegt ein Bürgerantrag (Absender siehe Anlage) zur Reduzierung des LKW-Verkehrs in der Schönebecker Straße vor. Das weitere Prozedere wird im Sprecher- und Koordinierungsausschuss abgestimmt.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften der 5. Sitzung vom 10. November 2011 und der 6. Sitzung vom 8. Dezember 2011

Die Niederschriften zur 5. Sitzung vom 10. November 2011 und zur 6. Sitzung vom 8. Dezember 2011 werden jeweils genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Wie geht es nach der Insolvenz weiter mit - der Bremer Bootsbau Vegesack? - dem Schaufenster Bootsbau?

Der Vorsitzende begrüßt seitens der senatorischen Behörde Wirtschaft, Arbeit und Häfen Frau Dr. Lübben und Frau Jahn sowie Frau Oldenburg mit Kollegen von der Bremer Bootsbau Vegesack gGmbH (BBV) und Herrn Ipach mit Kollegen vom Arbeit- und Lernzentrum (ALZ). Herr Stürmann als Insolvenzverwalter ist leider nicht anwesend.

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und stellt fest, dass die BBV bereits zum 2. Mal eine drohende Insolvenz anmelden musste.

Insgesamt sind in Vegesack 560 Personen arbeitslos. Prämisse müsse also die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen für den 1. Arbeitsmarkt sein. Darüber hinaus sei das Schaufenster Bootsbau wesentlicher Bestandteil der Maritimen Meile und müsse unbedingt erhalten bleiben. Dazu sei es jedoch erforderlich, dass Bootsbau erlebt werden kann wenn die Besucher kommen, nämlich nachmittags und an den Wochenenden.

Frau Jahn erläutert, dass zum derzeitigen Zeitpunkt die Fortführung der BBV und deren konkrete Ausgestaltung noch nicht abgesehen werden kann.

Am 20. Januar 2012 wird es ein Gespräch zwischen der senatorischen Behörde und dem Insolvenzverwalter geben.

Die Insolvenz der BBV beruht auf einem strukturellen Defizit. Aufgabe des Insolvenzverwalters ist es also, eine Planung vorzulegen, wie ein Träger zukünftig kostendeckend arbeiten kann.

Dieses wird in dem Gewerk der BBV, dem Bootsbau, sehr schwer werden. Die hohen Material- und Mietkosten sind hierbei u. a. zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung der Maßnahmen kann die Behörde seit 2011 nur Durchschnittssätze aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zahlen. Bis 2010 konnte eine Fehlbedarfsfinanzierung geleistet werden.

Mit der pauschalierten Finanzierung konnte zwar der Verwaltungsaufwand reduziert werden, allerdings stellt sie eine Deckelung pro besetzten Maßnahmenplatz dar.

Die Anzahl der Plätze der BBV im ESF geförderten Bereich wurden im Jahr 2011 reduziert.

Grund hierfür war, dass im ESF-Bereich nur noch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen förderungswürdig waren.

Die In-Jobs werden seitdem ausschließlich über das JobCenter bezahlt. Auch hierfür gibt es Maßnahmenkostenpauschalen.

Der Senator für Arbeit hat ein hohes Interesse, das Angebot für arbeitslose Menschen in Bremen-Nord zu erhalten. Die Form ist mit dem Insolvenzverwalter zu klären.

Frau Jahn bewertet die arbeitsmarktpolitische Situation als schwierig. Zum 1. April 2012 greift eine Instrumentenreform der Bundesagentur für Arbeit.

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht gibt es keine Möglichkeit, strukturelle Defizite, so wie sie bis jetzt jährlich immer wieder ausgewiesen werden und bestehen, in irgendeiner Form aufzufangen. Hierfür wären neue Konzeptionen und Kostensenkungen notwendig.

Frau Dr. Lübben merkt an, dass sie keine Aussage zur Zukunft des Schaufensters Bootsbau treffen kann. In das Schaufenster Bootsbau, dass ein Baustein der Maritimen Meile ist, wurde seitens des Ressorts viel investiert. Sie stellt fest, dass sich die Vermarktung der touristischen Angebote sowie die Zusammenarbeit der Akteure verbessert haben. Die senatorische Behörde ist an dem Fortbestand des Schaufensters Bootsbau interessiert.

Herr Buchholz stellt fest, dass der Insolvenzverwalter für die Diskussion fehlt. Er erinnert daran, dass die FDP davor gewarnt habe, einen Beschäftigungsträger zum Betreiber eines touristischen Projekts zu machen.

Er fragt nach einem zeitlichen Zusammenhang zwischen den Bürgerschaftswahlen und der Anmeldung der Insolvenz sowie wann der senatorischen Behörde entsprechende Informationen vorlagen. Herr Buchholz kritisiert, dass der Beirat nicht informiert wurde.

Frau Jahn teilt mit, dass der schwierige Prozess der Behörde bekannt und von der Verwaltung eng begleitet wurde. Da bei den In-Jobs die Leistungen grundsätzlich erst im Anschluss abgerechnet werden, können Liquiditätsengpässe bei den Trägern auftreten. Aktuell befindet sich die BBV in einer Liquiditätsinsolvenz.

Frau Dr. Lübben geht auf die Verbesserung der Vermarktung des touristischen Angebots und der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH und dem Standortmarketing sowie die jeweiligen Besucherzahlen ein.

Frau Sprehe merkt an, dass ein Träger zur Qualifizierung von Arbeitslosen an der Stelle der BBV weiterhin notwendig sei. Sie geht auf die Problematik hinsichtlich der pauschalierten Kostenerstattung ein.

Sie spricht sich dafür aus, dass im Schaufenster Bootsbau auch an den Wochenenden Bootsbau präsentiert wird und hebt die Bedeutung des Bootsbaus für Vegesack hervor.

Frau Jahn teilt mit, dass Eigenmittel für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ab dem 1. April 2012 erbracht werden müssen. Grundsätzlich können Beschäftigungsträger Gewinne machen. Die Einnahmen reduzieren den Zuschussbedarf.

Herr Scharf geht auf die Unterschiede zwischen einer Fehlbedarfs- und einer Pauschalfinanzierung ein. Die CDU-Fraktion hätte sich gewünscht, wenn die Thematik und damit die Problemstellungen der BBV in einer Beiratssitzung bereits zu einem früheren Zeitpunkt beraten worden wären.

Die Beschilderung zum Spicarum und das Angebot des Schaufensters Bootsbau sei nicht ausreichend.

Herr Pörschke vergewissert sich, dass ein Liquiditätsengpass Grund für die Insolvenz ist. Er erfragt die ursprünglich von der BBV geplanten Produkte und die Projekte. Des Weiteren fragt er nach Möglichkeiten, die es bei der Zusammenlegung von Abteilungen etc. und Kooperationen mit anderen Trägern in der Region ggf. geben würde.

Herr Degenhard fragt, wie viele Personen mit Hilfe der Einrichtung erfolgreich qualifiziert wurden.

Herr Kurt bewertet das Konzept der BBV als falsch und schließt sich der Fragestellung von Herrn Degenhard an.

Frau Oldenburg teilt mit, dass Herr Stürmann nicht kommen würde. Grund hierfür wäre, dass ihm von der senatorischen Behörde kein Termin vor der Beiratssitzung eingeräumt worden sei.

Sie reflektiert, dass sie sich im April 2011 bereits an die Verwaltung gewandt habe und dass die Situation deutlich ernster als bisher dargestellt sei.

Aufgabe der Beschäftigungsträger ist, Arbeitslose mit großen Defiziten zu betreuen. Die Integrationszahlen der BBV liegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Vor der angemeldeten Insolvenz wurden diverse Projekte geplant, so z. B. die Turmausstattung, Hansekoggenspielplatz.

Frau Rosenbaum (BBV) weist daraufhin, dass jederzeit jeder herzlich eingeladen war und ist, das Schaufenster Bootsbau und die BBV zu besuchen. Alle Besucher die sie betreut hat, wären zufrieden wieder gegangen.

Schwierig sei es, mit den Teilnehmern, die zur Qualifizierung zugewiesen werden, ein touristisches Konzept umzusetzen. Sie betont aber auch die Wichtigkeit der Qualifizierung für Personen mit den entsprechenden Defiziten.

Herr Scharf spricht sich für eine Erhaltung des Beschäftigungsträgers aus.

Herr Degenhard gibt zu bedenken, dass die BBV im Vergleich zu anderen Beschäftigungsträgern besonders unter den Mittelkürzungen der letzten Jahre gelitten hätte.

Nach Einschätzung von Herrn Buchholz seien alle Entscheidungen, die zu den Problemen der BBV geführt hätten, in Bremen und nicht auf Bundesebene entschieden worden. Der BBV sei eine Aufgabe zugemutet worden, die sie nicht bewältigen konnte.

In die Wiederherstellung der Wietze seien zudem bereits erhebliche Mittel geflossen, fertig gestellt wurde sie allerdings noch nicht.
Zudem zitiert er eine Aussage des Wirtschaftssenators, nach der eine Insolvenz einer weiteren absehbar nicht Bedarfsdeckenden Finanzierung vorzuziehen sei.

Die Abwesenheit des Insolvenzverwalters stellt nach Aussage von Frau Sprehe eine Missachtung des Beirates dar.
Sie geht auf den Unterschied des ALZ zur BBV ein. Das ALZ kann wesentlich kurzfristiger seine Leistungen am Markt positionieren und damit Einnahmen zeitnah erzielen.

Frau Dr. Lübben teilt mit, dass der Insolvenzverwalter der BBV die Geschäfte führt.
Das Verfahren der Insolvenz sei noch nicht eröffnet. Der Insolvenzverwalter entwickelt einen Plan, den er dann mit der Behörde bespricht. Da noch kein Plan vorliegt, konnte die Behörde bisher auch noch nicht mit dem Insolvenzverwalter sprechen.
Die senatorische Behörde nimmt die Situation sehr ernst. Das bisher investierte Geld, wie z. B. in die Wietze oder den Bootsbaulehrpfad, soll nicht umsonst gezahlt worden sein.

Frau Jahn bestätigt die gute Vermittlungsquote von 25 % der BBV. Viele der Teilnehmer verfügen über einen Migrationshintergrund. Auf Grund des Gewerkes ist allerdings die Frauenquote gering.
Bei der BBV gab es 2012 50 Plätze für In-Jobber (Laufzeit ings. bis 31. März 2012) und 30 Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze (endeten zum 31. Dezember 2011).

Herr Beringer verweist auf die Frage, wie mit den Änderungen, die zum 1. April 2012 umgesetzt werden, weiter verfahren werden kann.

Herr Kiener merkt an, dass die BBV kein Wirtschaftsunternehmen und dass das Budget entweder zu gering oder die Ausgaben zu hoch seien.

Frau Dr. Lübben erläutert die Zuweisungen des Wirtschaftssenators für das Marketing des Schaufensters Bootsbau. In die Qualifizierung der Teilnehmer der BBV fließen auch die Tourismusaspekte mit ein.
Ein großer Beschäftigungsträger ist evtl. stärker als ein kleiner Träger.

Herr de Vries erläutert, dass ein strukturelles Defizit unweigerlich auf Grund der Maßnahmenpauschalen, die lediglich gewährt werden und den von der BBV weiterhin zu tragenden Kosten, wie die Miete von ca. 9.000 Euro im Monat, Energiekosten i. H. v. 4.800 Euro im Monat, Materialkosten i. H. v. 50 Euro pro Teilnehmer, entsteht. Kein Träger könnte dieses Defizit ausgleichen.
Im November 2011 ist ein Betrag i. H. v. 477.000 Euro genannt worden, der bei einer möglichen Fusion, z. B. mit dem ALZ aufgebracht werden müsste, um das aktuelle Defizit auszugleichen. Ein einmaliger Betrag kann nach Einschätzung von Herrn de Vries allerdings kein strukturelles Defizit ausgleichen.
Für eine Fortführung der BBV ist die Zusage einer dauerhaften und nachhaltigen Bezuschussung notwendig.

Frau Dr. Lübben und Frau Jahn werden die Diskussionsbeiträge und das Ergebnis in ihren Häusern kommunizieren.

Der Vorsitzende fasst die Beratung zusammen. Auf Grund seines Vorschlags wird folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, alle Fördermöglichkeiten mit dem Ziel einer Qualifizierung von Arbeitslosen für den ersten Arbeitsmarkt am Standort der Bremer Bootsbau Vegesack gGmbH auszuschöpfen.

Darüber hinaus fordert der Beirat Vegesack den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, gemeinsam mit dem JobCenter im Rahmen einer offensiven Beschäftigungspolitik mit den ortsansässigen Betrieben mit dem Ziel einer Vermittlung von Arbeitskräften zusammen zu arbeiten.

Das Schaufenster Bootsbau ist ein wesentlicher Bestandteil der Maritimen Meile: Dies ist auch künftig zu gewährleisten. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass Bootsbau für Besucher tatsächlich erlebbar ist.

Dies ist in den Gesprächen seitens des Senators mit dem Insolvenzverwalter offensiv zu vertreten.

Die Ergebnisse sind über das Ortsamt dem Beirat unverzüglich zu übermitteln.

Ergebnis:

- einstimmig -

Die Sitzung wird um 19.15 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 4 Wirtschaftsförderung für Bremen-Nord - Aufgaben und Ziele -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Geber, Herrn Fischer und Herrn Ballhausen von der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WfB).

Die Wirtschaftsförderung ist ein zentrales Thema in Vegesack. Es besteht ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Einwohneranzahl und der Anzahl an Arbeitsplätzen.

Frau Geber stellt sich und die inhaltliche Arbeit des Büros der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH in Bremen-Nord vor.

Bei der inhaltlichen Vorstellung geht sie auf das Aufgabenspektrum und das Organigramm der Wirtschaftsförderung ein. Herr Ballhausen und Frau Geber gehören der Abteilung Unternehmensservice und Vertrieb der WfB an.

Wesentliche Angebote, allerdings nicht das gesamte Spektrum, der WfB werden im Büro Bremen-Nord vorgehalten. Das Büro ist jeweils mit zwei Personen besetzt, von Frau Hudemann in der Zentrale und Herrn Ballhausen als Regionalberater bzw. Frau Geber.

Der regionale Unternehmensservice ist analog der Bauverwaltung organisiert.

Die Partner der WfB werden vorgestellt. Die Leistungen werden kostenlos für die Unternehmen angeboten.

Frau Sprehe merkt an, dass Frau Geber nicht ausschließlich in Bremen-Nord arbeitet, dankt ihr allerdings für die umfangreiche Darstellung. Sie fragt, wie viele Unternehmen in Bremen-Nord betreut werden und ob es Kooperationen mit dem JobCenter gibt.

Frau Geber führt aus, dass die Abteilung Unternehmensservice und Vertrieb für Bremen insgesamt zuständig ist. Es werden durchschnittlich ca. 10 % der Betriebe betreut. In Bremen-Nord ist Herr Ballhausen darüber hinaus ein großer Anteil der Unternehmen bekannt.

Die Zusammenarbeit mit dem JobCenter ist selbstverständlich. Zur Gewinnung von Fachkräften werden zudem Headhunter mit einbezogen.

Herr Scharf ist davon ausgegangen, dass Frau Geber ausschließlich für Bremen-Nord arbeitet. Des Weiteren spricht er das ursprünglich auf dem Parkplatz des ehem. Bremer Vulkans geplante Einkaufszentrum an. Dieses soll auf Grund des Zentren- und Nachversorgungskonzeptes nun nicht mehr möglich sein.

Der Vorsitzende geht auf die Vorgaben des Konzeptes ein. Danach wäre die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes an der genannten Stelle durchaus möglich.

Herr Fischer sagt sein weiteres Engagement für die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes zu.

Die Präsentation macht für Herrn Buchholz keinen Mehrwert für Bremen-Nord deutlich.

Frau Geber verdeutlicht, dass nicht das gesamte Spezialwissen in Bremen-Nord vorgehalten werden kann. Sie sucht den Kontakt zu den Kunden und hält sich daher nicht in erster Linie in den Büros auf.

Der Vorsitzende stellt den engen Kontakt, der durch die Verortung des Büros der WfB im Stadthaus mit dem Bauamt besteht, heraus. Zukünftig werden zudem Gewerbebeanmeldungen im Stadthaus möglich sein.

Die Präsentation stellt den Auftakt für weitere Gespräche zwischen Ortsamt, Beirat und dem Büro Bremen-Nord der WfB dar. Die Aufgabe des Büros wird es sein, Unternehmen anzusprechen und Entwicklungsmöglichkeiten für zusätzliche Arbeitsplätze für die Anwohner Bremen-Nords zu generieren.

Der Beirat Vegesack nimmt die Ausführungen von Frau Geber zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5

Geplanter Verkauf der Immobilien Havenhaus und Grauer Esel - Abgabe einer Stellungnahme -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Fischer (WfB) und Herrn Bielefeld. Er führt in die Thematik ein und stellt fest, dass die Immobilien Havenhaus und Grauer Esel Stadtbild prägend sind.

Herr Fischer führt aus, dass der von Herrn Bielefeld gewünschte Absicherung seiner geplanten Investitionen mit einem Erbbaurechtsvertrag Rechnung getragen werden kann. Ein Vertrag würde eine Laufzeit von 99 Jahren haben. Die Möglichkeit des Rückkaufs könnte definiert werden. Der Beirat wird gebeten, seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Verfahren zu geben.

Frau Sprehe erklärt, dass der SPD-Fraktion einem Verkauf nicht zustimmen würde, wohl aber einem Erbbauvertrag, wenn dieser gewisse Dinge regelt. Der Betrieb soll in der bestehenden Form fortgeführt werden. Vor einer abschließenden Zustimmung wäre dem Beirat der Vertragstext vorzulegen.

Herr Buchholz kann das Anliegen von Herrn Bielefeld nachvollziehen und bezeichnet einen Verkauf der Immobilien als letztes Mittel.

Herr Pörschke zitiert einen Zeitungsartikel, der der von Herrn Bielefeld während einer Sprecherausschusssitzung vorgebrachten Absicht, die Form der Gastronomie beibehalten zu wollen, widerspricht.

Herr Degenhard gibt zu bedenken, dass die Entwicklung in der Gastronomie nicht über Jahrzehnte abgesehen werden kann. Die vertragliche Ausgestaltung ist entsprechend anzupassen.

Herr Fischer wird versuchen, einen ausgewogenen Kompromiss zu finden und wird gemeinsam mit Herrn Bielefeld die konkrete vertragliche Ausgestaltung dem Ortsamt und dem Beirat vorstellen.

Herr Kurt spricht sich dafür aus, die Immobilien in öffentlicher Hand zu belassen.

Herr Pörschke möchte die Festschreibung der aktuellen Betriebsform. Solange Gastronomie in den Häusern veranstaltet wird, bleiben die denkmalgeschützten Häuser der Öffentlichkeit zugänglich.

Herr Bielefeld weist daraufhin, dass er auf Grund des bestehenden Pachtvertrages auch eine „Dönerbude“ in den Häusern betreiben könnte. Mit einem Erbbauvertrag verbleiben die Immobilien im Eigentum der Stadtgemeinde.

Auf Nachfrage von Herrn Scharf stellt Herr Fischer fest, dass die Details vertraglich detailliert auszugestalten sind. Es würde für die Freie Hansestadt ein gesetzliches Vorkaufsrecht bestehen. Er erläutert zudem den Unterschied zum Rückkaufsrecht. Petitum wird sein, dass der Betrieb fortzuführen ist.

Frau Spiegelhalter-Jürgens spricht sich für ein künftiges Mitspracherecht der Stadt bei einer etwaigen Nutzungsänderung aus.

Herr Kiener geht auf das Erbbaurecht ein. Er sieht auch keine großen Probleme bei einem Verkauf, wenn die Auflagen des Denkmalschutzes eingehalten werden.

Auf Nachfrage von Herrn Mohrmann geht Herr Fischer auf die Laufzeit des Vertrages ein. Sicherlich werden Banken eine günstigere Finanzierung bei einer langen Laufzeit von 99 Jahren anbieten.

Der Vorsitzende fasst das Ergebnis der Diskussion zusammen. Auf seinen Vorschlag hin, wird folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat Vegesack signalisiert seine Zustimmung zum Abschluss eines Erbbauvertrages zwischen der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH und Herrn Bielefeld. Vor Vertragsabschluss sind dem Beirat die die Vertragsbestandteile mitzuteilen. In den Erbbauvertrag ist die Verpflichtung auf Bewirtschaftung festzuschreiben. Darüber hinaus ist festzuschreiben, dass der Betrieb in der jetzigen Form weitergeführt wird, andernfalls hat eine vorherige Beiratsbeteiligung zu erfolgen, so dass der Beirat mögliche Alternativen diskutieren kann. Des Weiteren sind selbstverständlich die Auflagen des Denkmalschutzes einzuhalten.

Ergebnis:

15 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung

Tagesordnungspunkt 6

Antrag auf Fördermittel des Programms „Impulse für den sozialen Zusammenhalt“ - Abgabe einer Stellungnahme -

Der Vorsitzende begrüßt Herr Kiupel (Kinder- und Familienzentrum Alt-Aumund). Während des Kinder- und Jugendforums haben die Kinder der Kita ihre Ideen für die Gestaltung des Außengeländes, dass auch als öffentlicher Spielplatz genutzt wird, vorgestellt. Der Vorsitzende stellt die geplante Finanzierung vor. Hier wurde bereits ein Betrag aus Beiratsmitteln eingesetzt.

Herr Buchholz erachtet den Antrag als nicht beratungsfähig, da der Beirat noch nicht über Globalmittel beschlossen hat.

Frau Sprehe ist ebenfalls irritiert, begrüßt allerdings das Projekt und mahnt eine Beteiligung bei der Spielplatzgestaltung an.

Herr Degenhard kritisiert das Amt für Soziale Dienste und schließt sich der Argumentation der Behörde an. Grundsätzlich spricht er sich für eine Mittelvergabe zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen aus.

Herr Scharf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu den konkret beantragten Impulsmitteln.

Herr Kiupel reflektiert auf Bitte des Vorsitzenden die bestehende Gestaltung des Spielgeländes.

Herr Buchholz fragt rhetorisch, ob eine Befassung des Beirates mit dem Antrag verschoben werden könnte.

Zur Geschäftsordnung beantragt er eine Nichtbefassung zu dem gestellten Antrag auf Impulsmitteln.

3 Beiratsmitglieder sprechen sich für die Nichtbefassung aus, 14 dagegen. Damit wird der Antrag auf Nichtbefassung abgelehnt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat Vegesack stimmt dem Antrag des Amtes für soziale Dienste, Sozialzentrum Nord, Fachdienst Junge Menschen und des Kinder- und Familienzentrums Alt-Aumund auf Fördermittel des Programms „Impulse für den sozialen Zusammenhalt“ der Stiftung Wohnliche Stadt für einen öffentlichen Spielplatz an der Kerschensteiner Straße, Außengelände der Kita Alt-Aumund i. H. v. 47.000 Euro zu.

Das Amt für Soziale Dienste wird aufgefordert, gem. § 10 Abs. 2 Ziff. 2 Beirätegesetz in der Februar-Sitzung des Beirates seine Planungen für die Umgestaltung des Spielplatzes vorzustellen. Der Beirat erklärt, dann auch eine Beschlussfassung über die Bewilligung von Globalmitteln zu fassen.

Ergebnis:

Der Beschluss wird bei einer Gegenstimme gefasst.

Tagesordnungspunkt 7 Besetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende führt aus, dass auf Grund der Wechsel einiger Beirats- und Ausschussmitglieder zu einer anderen Fraktion eine Umbesetzung in den Ausschüssen vorzunehmen ist, da die Zugriffsrechte der Parteien bestehen bleiben. Die jeweils angesprochenen Personen haben für die Sitzung Personalvorschläge eingereicht.

Herr Buchholz beantragt für die FDP-Fraktion eine geheime Abstimmung.

Die Sitzung wird um 21.55 Uhr für 15 Minuten unterbrochen.

Insgesamt werden acht geheime Wahlen durchgeführt. Die jeweils zu diesen einzelnen Wahlen verwendeten Stimmzettel sind entsprechend nummeriert.

1. Wahl, Stimmzettel 1

Ausschuss zur Beratung von Bauangelegenheiten

Vorschlagsrecht: CDU

Vorgeschlagene Person: Herr Scharf

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

2. Wahl, Stimmzettel 2

Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten

Vorschlagsrecht: Bündnis 90 Die Grünen

Vorgeschlagene Person: Frau Spiegelhalter-Jürgens

Ergebnis: einstimmig

3. Wahl, Stimmzettel 3

Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten

Vorschlagsrecht: BiW

Vorgeschlagene Person: Herr Sonnekalb

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

4. Wahl, Stimmzettel 4

Ausschuss für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien

Vorschlagsrecht: BiW

Vorgeschlagene Person: Herr Degenhard

Ergebnis: 4 Ja-Stimmen, 11-Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
damit nicht gewählt

5. Wahl, Stimmzettel 5

Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration

Vorschlagsrecht: BiW

Vorgeschlagene Person: Herr Degenhard

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 10-Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
damit nicht gewählt

6. Wahl, Stimmzettel 6

Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport

Vorschlagsrecht: BiW

Vorgeschlagene Person: Herr Degenhard

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 10-Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
damit nicht gewählt

7. Wahl, Stimmzettel 7

Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport

Vorschlagsrecht: CDU

Vorgeschlagene Person: Frau Frenzel

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, keine Enthaltung

8. Wahl, Stimmzettel 8

Regionalausschuss Bremen-Nord

Vorschlagsrecht: BiW

Vorgeschlagene Person: Herr Sonnekalb

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Der Vorsitzende erklärt, dass er die Situation, dass dem Vorschlagsrecht einer Partei vom Beirat nicht gefolgt wurde, bisher nicht erlebt habe. Er könne im Moment auch nicht die rechtlichen Konsequenzen der Ablehnung durch den Beirat in einigen Wahlgängen beurteilen. Deshalb werde er die Angelegenheit rechtlich prüfen lassen und den Beirat vom Ergebnis in Kenntnis setzen.

Herr Degenhard gibt nachfolgende persönliche Erklärung ab:

„Ich finde es bedauerlich, dass der Beirat eine alte Geflogenheit heute abgelegt hat, nämlich die, dass den Vorschlägen der jeweiligen Fraktionen gefolgt wird. Ich bin in der 3 Legislaturperiode hier und kannte das eigentlich nur so, dass man dem selbstverständlich folgt. Bezeichnend ist für mich, dass der oder die Initiator, Initiatorin, dieses wie nennt man das, Intrige oder was auch immer, nicht mal den Mut hatte, das in einer öffentlichen Abstimmung zu vollziehen. Das ist bezeichnend für mich. Den Mut hätte man wenigstens haben sollen, hätte ich noch Respekt vor gehabt. So finde ich das nur peinlich.

Die Sitzung wird um 22.40 Uhr geschlossen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden vertagt.

**Tagesordnungspunkt 8
Anträge und Anfragen der Parteien**

Vertagt.

**Tagesordnungspunkt 9
Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

Vertagt.

**Tagesordnungspunkt 10
Mitteilungen der Beiratssprecherin**

Vertagt.

**Tagesordnungspunkt 11
Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder**

Vertagt.

gez.
Dornstedt
Vorsitzender

gez.
Jantz
Schriftführerin

gez.
Sprehe
Beiratssprecherin